

Die „Euro-Retter“ – mit ihrem Latein am Ende

Lange hat vor allem die deutsche Regierung Lösungen der Euro-Krise nach Kräften hintertrieben. Nun folgen die „Rettungspakete“ in schneller Folge. Nach bisher schon drei verschiedenen Rettungsfonds hat der Bundestag am 29.9.2011 die Ausweitung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität EFSF beschlossen. Der Garantierahmen des EFSF wird von 440 auf 780 Milliarden Euro erhöht, der deutsche Anteil steigt von 120 auf 211 Milliarden Euro. Die Summen sind gewaltig, reichen aber dennoch bei weitem nicht aus, die unter Druck geratenen Euro-Staaten aus dem Spekulationsstrudel zu befreien, noch sorgen sie für die geringste Möglichkeit der Selbstfinanzierung der Defizitländer. Allein Madrid braucht in den nächsten drei Jahren rund 250 Milliarden Euro, um seine Anleihen fristgerecht zurück zu zahlen. Italien benötigt bis 2014 beinahe 500 Milliarden Euro. Die maximale Haftungssumme der Euro-Staaten für das Euro-Kreditwerk insgesamt jetzt liegt bei 1,7 Billionen Euro, das ist mehr als das Fünffache der jährlichen deutschen Bundessteuern. In der Eurozone erhöhen sich aber die staatlichen Verschuldungen weiter, so dass die Rückzahlung täglich schwieriger und teurer und auch zu weiten Teilen unmöglich wird. Europa fährt immer ungebremster in Schuldenpleite und Wirtschaftsrezession. Im Weltkapitalismus stehen Europa, USA und Schwellenländer mit verschiedenen Interessen und verschiedener Politik einander entgegen.

These Nr. 1: „Eine Abstimmung ins Ungewisse“

In Wahrheit wussten die Bundestagsabgeordneten beim jüngsten Rettungspaket nicht, worüber sie abstimmen. Wie das Handelsblatt am Tag der Abstimmung (29.9.2011) meldete, ist zwischen Sarkozy, Merkel und Barroso verabredet, dass der neue Fonds seine Gelder durch moderne Finanzmarktinstrumente – Derivate oder Verbriefungen – hebelt, also fast ins Beliebigere multiplizieren kann. Dann wäre zwar die Frage beantwortet, wo die Hunderte Milliarden Euro neuer Staatsschulden ihre Gelddruckquelle erhalten – aber die dahinter lauernde entscheidende Frage, wer denn womit die neuen Schulden bezahlen soll, bliebe völlig im Dunkeln. Geht die EZB oder der EFSF dazu über, die Haftung für jede Art von Staatsanleihe zu übernehmen, dann werden die Finanzinvestoren im Vertrauen auf die Liquidität der Gesamt-Eurozone zugreifen, aber auf diese kommt dann ein ungeheures Schuldenproblem zu. Was heute den Rentnerinnen und Rentnern Griechenlands, den öffentlichen Beschäftigten, den Massensteuerezahlern, dem öffentlichen Eigentum blüht – nämlich runter mit den Sozialleistungen, hoch mit der öffentlichen Arbeitslosigkeit, hoch mit Massensteuern, vorwärts mit der Privatisierung – das dämmert dann den Massen der Euro-Völker, inklusive der, die sich wie das deutsche Volk für zu recht besonders wettbewerbstüchtig halten, also sehr viel für relativ wenig Lohn arbeiten. Dann zählt nicht mehr die Stellung im Wettbewerb, sondern die Haftung für die gemeinsame Schuld, und damit das gemeinsame Zahlen.

These 2: Der ganze triviale Schuldenmechanismus kracht auseinander

Wie der Weltkapitalismus im Großen, so war die Eurozone im Kleineren ein gut geölter Schuldenmechanismus. Die wettbewerbsfähigsten Länder, wo wie in Deutschland die rot-grünen 2010-Reformen zu einem Absturz von Löhnen und Arbeitsansprüchen geführt hatten, konnten den Riesenraum Eurozone als Absatzmärkte nutzen. Die Defizitländer kamen in der neuen gemeinsamen Währung an Kredite zur Finanzierung ihrer Defizite. Länder wie Deutschland machten höhere Gewinne denn je, Länder wie Griechenland oder Portugal kamen an mehr Geld und Waren denn je. Das sah doch nach einem prima Spiel von gemeinsamem Vorteil aus. Allerdings war die Zeittafel dieses Paradieses von Anfang an sehr begrenzt. Auch ohne die Erschütterung des globalen Finanzsystems im Gefolge der von den USA ausgehenden Immobilien- und Bankenkrise wäre das System der kommunizierenden Schuldenröhren in der Eurozone – wie im globalen Kapitalismus insgesamt – bald geplatzt. Am Eingangstor stand schon die Frage, wie bei jeder Schuldenwirtschaft: Wer steht für die Kreditsummen letzten Endes ein? Oder sind etwa die Investoren bereit, auf ihre Kredite zu verzichten? Dieses waren diese ganz und gar nicht, in dem Maß, wie Länder, Volkswirtschaften, Unternehmen, Staaten ihren Schuldenpflichten nicht mehr nachkamen, verlangten die Kreditgeber Geld von noch zahlungsfähigen Staaten und Institutionen. Dies ist gut für die Bilanzen der Geldfirmen, aber schlecht

für den Schuldenmechanismus insgesamt, denn nirgendwo entsteht ein Refinanzierungspfad für Kreditkranke. Wer einmal in den Miesen steckt, muss das nächste Mal noch mehr aufbringen für seine Schuldenlast und er verliert stets an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Bewerbern. Wer hinten liegt, fällt weiter zurück, ist ein ehernes kapitalistisches Prinzip, und je mehr Öffentlichkeit und Demokratie abgebaut werden, um so heftiger trifft es die „Privaten“, also die vielen Millionen Nicht-Unternehmer. Um so härter kann der Markt zuschlagen bei der Arbeit am Gemeinwohl, ohne dass er das Steuerungsprinzip des Neoliberalismus – das Schuldenprinzip – vor seinem Verschleiß bewahren könnte.

These Nr. 3: Fairer Wirtschaftsaustausch zwischen den Nationen kann im Kapitalismus nicht funktionieren

Kapitalismus hat weder mit Wirtschaftsaustausch noch gar mit fairem Wirtschaftsaustausch etwas zu tun. Wer hätte nicht seine Freude an Wolle und Wein der Klassiker gehabt, kamen da zufällig zwei Inseln aneinander vorbei, deren eine gerade das aufwies, was die andere nicht im Angebot hatte, und so kam es zum: Tausch. Das hat sich Ricardo, ein skrupelloser Londoner Börsenmakler, nett gedacht, aber mit der Wirklichkeit hat dieses Tauschparadies nichts zu tun. Im Kapitalismus zählt vielmehr: der Wettbewerb. Wer in einem Gewerbe besser ist – bei der selben Qualität kostengünstiger – der gewinnt in diesem und jedem anderen, wo er auf Unterlegene trifft. Da kann einer gegen 20.000 Konkurrenten gewinnen und in 20.000 Disziplinen – was eher die Regel als die Ausnahme ist. Wenn ich nun verschiedene Volkswirtschaften in ein Währungsgebiet zusammensperre und jede transnationale Wirtschaftspolitik ablehne, dann schärfe ich den vorhandenen Widerspruch zwischen den Wirtschaftsstrukturen und -kulturen. Zu sagen, wir mischen uns nicht ein in die multilateralen Gefälle, kommt einer ständigen Intervention zu Lasten der weniger Wettbewerbsfähigen gleich. Die Behauptung, man habe geglaubt, die schiere Existenz der Währungsunion würde zu einer Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in der Eurozone führen, sagt uns entweder, dass Kohl, Waigel und Co. volkswirtschaftlich strohdumm waren oder skrupellos. Heute nützt den neoliberalen Politikern und Strategen aber ihre Skrupellosigkeit nichts mehr. Wenn es denn um Wettbewerbsfähigkeit geht und sonst nichts, dann hat das neoliberale Modell überhaupt keine Entwicklungsidee für Europa (oder sonst einen größeren Teil der Welt). Denn wenn konsequent alle Sozialmodelle gemessen und traktiert werden unter diesem magischen Stichwort „Wettbewerbsfähigkeit“, dann ist es klar, es gibt immer Sieger und Verlierer – jeder Sieg wie das ganze Sieger-Denken setzt die Niederlage und die Verlierer voraus. Womit aber werden die Defizite der Verlierer bezahlt? Aus den Taschen, so wird es immer deutlicher, der europäischen Steuerzahler, möglichst weit gefasst – von Griechenland bis Grönland, von Lissabon bis Helsinki, nicht zu vergessen die an Rhein, Isar und Spree. Vor uns steht eine Umwandlung von EU/Euro in eine Transferunion zugunsten der wettbewerbsstärksten Unternehmen.

These Nr. 4: Europa braucht einen kompletten Restrukturierungsplan – um anzufangen

Die Überschüsse einerseits und die ihnen entsprechenden Defizite andererseits sind das Ergebnis stets weiter auseinanderdriftender Wirtschaftsstrukturen in Europa. Für Griechenland war wahrscheinlich das systematische Korruptionsprogramm von Siemens relevanter als der gesamte EU-Strukturfonds. Wir müssen also zurück, genauer gesagt, irgendwohin, wo wir noch nicht waren. Nämlich dorthin, wo in Gesellschaften sich Menschen dafür entscheiden, was sie wie mit welchem Einsatz und zu welchen Kosten wirtschaftlich produzieren wollen. Was man, im Anschluss daran, mit dem Ausland zu welchem Preis tauschen will. Das sind grundsätzliche Fragen der Selbstbestimmung. Ohne dass die Menschen in den grundlegenden wirtschaftlichen Fragen ihre demokratische Entscheidung treffen können, wird es keine Nationalökonomie geben, die vom demokratischen Verfahren der ökonomischen Entscheidung ausgeht, wird es auch keinen vernünftigen, „gerechten“ Austausch zwischen den Volkswirtschaften geben. Wir sehen einerseits, dass der Kapitalismus ist am Ende mit seinem Wachstums- und Verschuldungslatein, er hat kein neues Verfahren, er verhaftet weiter den alten, verderblichen Mustern. Andererseits erleben wir ein Zurückbleiben des politischen Willens zu einer Alternative, ohne die jedoch keine neue Lösung begonnen werden könnte. Es fragt sich, wie weit die politische Langmut noch reicht, um eine Katastrophenmeldung nach der anderen zu verdauen – die Sozialsysteme brechen zusammen, die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, die Ausbeutung derer, die arbeiten, nimmt verrückt zu, die jungen Menschen richten sich gleich zu Anfang mal auf Perspektivlosigkeit ein, den Alten wird gesagt, sie würden zur unbezahlbaren Last.